

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanz-
fragen
Frau Catherine Chammartin
Bundesgasse 3
3003 Bern

catherine.chammartin@sif.admin.ch

Bern, 5. Februar 2015

Vernehmlassungsantwort zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Geschätzte Damen und Herren,

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI) Stellung nehmen zu können.

Wie bereits in mehreren Stellungnahmen zu den Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) dargelegt, befürwortet der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) den Informationsaustausch auf Ersuchen nach dem OECD-Standard. Vor dem Hintergrund der Peer Review des Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch zu Steuerzwecken begrüssen wir daher das GASI. Es legt die Voraussetzungen fest, unter denen die Amtshilfe nach dem Standard von Artikel 26 des OECD-Musterabkommens Staaten und Territorien gewährt werden kann, die mit der Schweiz ein DBA haben, das diesem Standard nicht entspricht. Das GASI ist unserer Ansicht nach eine geeignete Übergangslösung, um das Schweizer Netz der DBA rasch dem internationalen Standard anzupassen. Ferner ist es grundsätzlich positiv, dass die einseitige Anwendung nur erfolgt, wenn der ersuchende Staat in seinem Amtshilfeersuchen bestätigt, dass er der Schweiz Gegenrecht gewährt und die Vertraulichkeit der erhaltenen Daten gewährleistet. Allerdings schlagen wir vor zu prüfen, inwiefern diese Bestimmung für Entwicklungsländer gelockert werden könnte.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner
Präsident



Daniel Lampart
Leiter SGB-Sekretariat
Chefökonom SGB